Pflegereform: Auf Kosten der Alten?
Bericht: Christin Simon

Wir sind in Leipzig. Das sind Grit Haake und ihre pflegebedürftige Mutter Maria Müller. Auch sie bekamen Post vom Pflegeheim. Das Heim der Diakonie, in dem Maria Müller lebt, kündigte eine Kostenerhöhung für die Bewohner um rund 460 Euro monatlich an. Auf Grund höherer Personalkosten.

Grit Haake
Ich war erstmal geschockt als ich den Brief aufgemacht habe und dann die Zahl gesehen habe, dachte ich das ist ein Druckfehler oder so, dachte wie kann das denn sein? Und Pflege-Reform, ich dachte das bringt Erleichterung für uns und stattdessen steht da jetzt eine Zahl, wo ich denke, wie sollen wir das machen? Wie sollen wir das bezahlen und wie soll das alles gehen?

Einen endgültigen Bescheid hat Grit Haake noch nicht. Doch eins steht fest: Aus der eigenen Tasche könnte die Familie die angekündigten Heimkosten von etwa 1.852 Euro nicht zahlen.

Grit Haake
Das ist schon ein ungutes Gefühl, dass man sagt, jetzt müssen wir zum Sozialamt gehen.

Grit Haake hat sich die Unterlagen vom Sozialamt schicken lassen, doch die Ernüchterung kam schnell.

Grit Haake
Es ist so, die Dame am Telefon hat mir gesagt, dass man also 5.000 Euro pro Person an Eigenkapital noch haben darf. Und alles darüber muss dann verwendet werden sozusagen zur Finanzierung des Platzes. Und 5.000 Euro, das ist eine geringe Summe, weil letztendlich muss auch irgendwann mal die Beerdigung davon bezahlt werden. Also eigentlich bin ich ratlos.

Die 5.000 Euro betreffen nur den Pflegebedürftigen. Was den Freibetrag der Kinder angeht, so steht eine deutliche Änderung im Koalitionsvertrag. Die Grenze soll künftig bei 100.000 Euro Jahreseinkommen liegen.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.

Springt das Sozialamt nicht ein, muss der Pflegebedürftige die erhöhten Heimkosten zahlen, da sich die Versicherungsleistungen nicht erhöhen.

Wir treffen Ulrike Kempchen. Sie ist Juristin bei einem Pflegeschutzbund und berät Pflegebedürftige und deren Angehörige.

Ulrike Kempchen, Juristin „BIVA Pflegeschutzbund“
Dieses Jahr waren es tatsächlich erhebliche Erhöhungen, gerade in den Ländern, die sonst niedrige Löhne gezahlt haben. Aber häufig können wir eben einfach nur das System erläutern und den Menschen klarmachen, dass es rechtens ist, dass sie dagegen eigentlich keine Chance haben. Und dann hat der Bewohner das zu bezahlen.

Kostensteigerungen allein zu Lasten der Heimbewohner. Das muss sich ändern, so der neue Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Bundestages, Erwin Rüddel.

Erwin Rüddel, CDU, MdB, Vorstand des Ausschusses für Gesundheit
Wir haben im Koalitionsvertrag geschrieben, dass Veränderungen bei den Personalkosten bei den Pflegesachleistungen berücksichtigt werden müssen. Das heißt, die Finanzierung wird nicht auf dem Rücken der Pflegebedürftigen abgeladen. Sondern die Finanzierung erfolgt über die Krankenversicherung und über die Pflegeversicherung. Ich hoffe, dass wir das also zügig, wenn jetzt die SPD-Mitglieder dem Koalitionsvertrag zustimmen, dann werden wir das zügig in den nächsten Monaten in eine Gesetzgebungsverfahren einbringen.

Höhere Personalkosten sollen also künftig von der gesetzlichen Versicherung gezahlt werden. Das wäre eine deutliche Entlastung für Pflegebedürftige.

Doch nicht nur Personalkosten treiben den Eigenanteil für Heimbewohner in die Höhe. Aus Düsseldorf schreibt uns Anneliese Reder. Ihr Mann lebt in einer Pflegeeinrichtung. Hier verlangt die Heimleitung fast 300 Euro mehr, pro Monat. Am stärksten stiegen die Nebenkosten: Verpflegung und Unterkunft um jeweils um 9 Prozent.

Anneliese Reder
Es ist so, dass ich mich selber dagegen wehre oder aufrege, weil jeder, der einen Haushalt führt, weiß wie die Kostensteigerungen ist und die ist nicht 9 Prozent. Jeder, der eine Wohnung hat, weiß wie die Stromkosten sind, wie Wasserhell ist, wie Müllabfuhr ist. Also die klassischen Nebenkostend es Wohnens. Der weiß, dass das nicht alles um 9 Prozent gestiegen ist und deswegen sind für mich die Zahlen halt ein Buch mit sieben Siegeln.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.

Ein Interview bekommen wir von der Einrichtung nicht. Doch die Juristin Ulrike Kempchen schaut sich die Rechnung genau an.

Ulrike Kempchen
Das kann tatsächlich mit den Service-Leistungen zu tun haben. Sprich, wenn jetzt die Reinigungsfirma oder die Wäsche-Firma auch mehr Lohn bezahlen, schlägt sich das unmittelbar in das Verhältnis dessen, was der Bewohner zu zahlen hat nieder. Es wird ja weitergegeben. Denn eine Einrichtung hat die Möglichkeit ihre Kosten zu 100 Prozent zu refinanzieren über die Bewohner.

Seit der Kostensteigerung Anfang Februar, beträgt der Heim-Eigenanteil für Anneliese Reders Mann rund 2.800 Euro - monatlich.

Anneliese Reder
Ich frag mich, wer kann solche Beträge denn überhaupt bezahlen? Das ist letztendlich von einer normalen Durchschnittsrendite überhaupt nicht leistbar. Das heißt wiederrum, dass wir im Grunde zusteuern auf ein absolutes Desaster.
Und es gibt dann tatsächlich nur die Möglichkeit zu sagen, ich gehe den Weg, um Sozialhilfe für den normalen Unterhalt zu bekommen. Eine andere Alternative gibt es nicht.

Noch kann Anneliese Reder den hohen Eigenanteil aufbringen. Doch sie rechnet mit weiteren Preissteigerungen und die Kosten für Verpflegung und Unterkunft wird auch zukünftig allein der Heimbewohner zahlen müssen.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.